

EXECUTIEVEN — EXÉCUTIFS

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 86 — 1313

26. JUNI 1986. — Dekret über die Gewährung von Studienbeihilfen (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Exekutive, sanktionieren es:

KAPITEL I. — Anwendungsbereich

Artikel 1. Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft, im folgenden als Exekutive bezeichnet, gewährt im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel Studienbeihilfen an Schüler des Sekundarunterrichts sowie an Studenten des Hochschul- und Universitätsunterrichts, wenn ihre Einkünfte und/oder die Einkünfte der Personen, die für ihren Unterhalt aufkommen, den von der Exekutive festgelegten Rahmen nicht übersteigen.

Art. 2. Diese Beihilfen werden gewährt:

- a) an belgische Schüler und Studenten, die an Unterrichtsanstalten studieren, welche vom Staat organisiert, subventioniert oder anerkannt sind und im Gebiet deutscher Sprache liegen;
- b) an belgische Schüler, die an einer Krankenpflegeschule mit Niveau A2 studieren, welche vom Staat organisiert, subventioniert oder anerkannt ist und im Gebiet deutscher Sprache liegt;
- c) an belgische Studenten, die im Gebiet deutscher Sprache wohnhaft sind und im Ausland ein Studium absolvieren, das an belgischen Hochschulen und Universitäten nicht angeboten wird;
- d) an belgische Studenten, die im Gebiet deutscher Sprache wohnhaft sind und im Ausland ein Studium in deutscher Sprache absolvieren, das an belgischen Hochschulen und Universitäten nicht in Deutsch angeboten wird.

Art. 3. § 1. Die Exekutive legt die Bedingungen fest, unter denen Studienbeihilfen gewährt werden:

- a) an Schüler, die dem Teilzeitunterricht folgen;
- b) an belgische Studenten, die im Gebiet deutscher Sprache wohnhaft sind und im Ausland ein Studium in deutscher Sprache absolvieren, das an belgischen Hochschulen und Universitäten nicht in Deutsch angeboten wird.

§ 2. Falls notwendig, können diese Bedingungen von den in Kapitel II festgelegten allgemeinen Gewährungsbedingungen abweichen.

Art. 4. § 1. Die Exekutive legt die Bestimmungen fest, zur Gewährung gleich hoher Studienbeihilfen an alle belgischen Studenten, die im Gebiet deutscher Sprache wohnhaft sind und die ihre Studien an Hochschulen oder Universitäten absolvieren, die nicht im Gebiet deutscher Sprache liegen.

§ 2. Falls notwendig können diese Bestimmungen von den in Kapitel II festgelegten allgemeinen Gewährungsbedingungen abweichen.

Art. 5. § 1. Die in Belgien wohnhaften Schüler und Studenten, die nicht die belgische Staatsangehörigkeit besitzen und an den in Artikel 2, a und b vorgesehenen Unterrichtsanstalten studieren, werden im Sinne des vorliegenden Dekrets den belgischen Schüler und Studenten gleichgestellt, wenn sie eine der nachstehenden Bedingungen erfüllen:

1. Kinder eines Staatsbürgers eines der Mitgliedsstaaten der E.G. sein, der in Belgien beschäftigt ist oder gewesen ist und während mindestens einem Jahr Beiträge an das Nationale Amt für Soziale Sicherheit geleistet hat;
2. an dem für das Einreichen der Anträge festgelegten Datum von der belgischen Delegation des Hohen U.N.O.-Kommissariats für Flüchtlinge als politische Flüchtlinge anerkannt sein;
3. ab dem für das Einreichen der Anträge festgelegten Datum seit mindestens fünf Jahren mit ihrer Familie in Belgien wohnhaft sein.

§ 2. Die Exekutive kann die in § 1 vorgesehene Gleichstellung auf die in Artikel 2, c und d genannten Studien ausdehnen, insofern der Antragsteller seinen Wohnsitz im Gebiet deutscher Sprache hat und nachweisbar von keiner anderen Institution Studienbeihilfe erhalten kann.

Art. 6. Als Wohnsitz gilt der in Artikel 102 des Zivilgesetzbuches definierte Ort.

KAPITEL II. — Allgemeine Gewährungsbedingungen

Art. 7. § 1. Um für ein bestimmtes Studienjahr eine Beihilfe erhalten zu können, muß der Antragsteller:

- a) den erforderlichen Bedingungen genügen, um als regulärer Schüler oder Student in dieses Studienjahr aufgenommen zu werden;
- b) die vorgeschriebenen Kurse und Übungsstunden regelmäßig besuchen und alle Jahresendprüfungen, gegebenenfalls die Nachprüfungen und die Prüfungen der zweiten Sitzung ablegen.

§ 2. Freie Schüler oder freie Studenten erhalten keine Studienbeihilfen.

Art. 8. Insofern der Antragsteller eine Studienbeihilfe erhalten hat, wird keine Studienbeihilfe für das Schuljahr gewährt, während dem der Schüler oder der Student ein Jahr wiederholt oder ein Studienjahr absolviert, dessen Niveau dem Niveau des bereits absolvierten Jahres entspricht oder darunter liegt, außer in den Artikeln 10 bis 12 erwähnten Fällen.

(1) Sitzungsperiode 1984-1985.

Ratsdokument — 86, Nr. 1. — Dekretentwurf.

Abänderungsvorschläge Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4 und Nr. 5. — Bericht Nr. 6. — Abänderungsvorschläge Nr. 7 und Nr. 8.

Diskussion und Verabschiedung. — Sitzung vom 26. Juni 1986.

Art. 9. Ein Antragsteller, der mehr als einmal ein Studienjahr wiederholt oder ein Studienjahr des gleichen Niveaus absolviert hat, verliert sein Anrecht auf Studienbeihilfe, insofern er für eines dieser Studienjahre eine Studienbeihilfe erhalten hat.

Er erlangt dieses Anrecht jedoch wieder, wenn er, nachdem er beim letzten Mal nicht bestanden hat, mit Erfolg zwei aufeinanderfolgende Studienjahre beendet hat.

Wenn der Antragsteller erneut nicht besteht oder wenn er erneut ein Studienjahr des gleichen Niveaus absolviert, verliert er endgültig das Anrecht auf eine Studienbeihilfe.

Art. 10. Eine Studienbeihilfe für das Studium an einer Lehranstalt der Sekundarstufe kann den Schülern gewährt werden, die während des vorhergehenden Schuljahres einen Studienzyklus in diesem Unterricht beendet haben und die während eines Jahres einem Zusatzunterricht zur Vorbereitung auf ein Studium an einer Hochschule oder Universität folgen.

Art. 11. § 1. In den Fällen, die durch Beschluß des Klassenrates gerechtfertigt werden, kann ein Schüler des Sekundarunterrichts eine Studienbeihilfe für das Studienjahr erhalten, das er wiederholt oder dessen Niveau dem Niveau des bereits absolvierten Jahres entspricht oder darunter liegt.

§ 2. Die Exekutive legt die Bedingungen fest, unter denen einem Studenten an einer belgischen Hochschule oder Universität in einem sozialen Härtefall eine Studienbeihilfe für das Studienjahr, gewährt wird, das er wiederholt oder dessen Niveau dem Niveau des bereits absolvierten Jahres entspricht oder darunter liegt.

Art. 12. Eine Studienbeihilfe können die Studenten erhalten, die, nachdem sie zwei Jahre regulär im Universitätsunterricht oder im Hochschulunterricht mit langer Studiendauer während eines Zeitraums von höchstens zwei akademischen Jahren eingetragen waren, dieses Studium aufgeben oder unterbrechen und ein Hochschulstudium beginnen, das auf ein niedrigeres Niveau eingestuft ist.

Den Studenten, die nach einem Studium mit kurzer Studiendauer ein Studium mit langer Studiendauer beginnen, werden vorherige Jahre in dieser Studienart angerechnet, ohne dem Studium mit kurzer Studiendauer Rechnung zu tragen um ihr Anrecht auf eine Studienbeihilfe festzulegen.

Art. 13. § 1. Um ein Anrecht auf Studienbeihilfe zu haben, darf der Anspruchsberechtigte am 31. Dezember DES BETREFFENDEN Schuljahres nicht älter als dreißig Jahre sein.

§ 2. Die Exekutive legt die Bedingungen fest, unter denen in sozialen Härtefällen Antragstellern, die älter als 30 Jahre sind, eine Studienbeihilfe gewährt wird.

KAPITEL III. — Einreichen der Anträge und Zahlungsmodalitäten

Art. 14. Der Antrag auf Gewährung einer Studienbeihilfe wird für die Sekundarschulstudien vom gesetzlichen Vertreter des Schülers und für die Hochschul- und Universitätsstudien vom Studenten bei den jeweiligen Verwaltungsdienststellen für Studienbeihilfen eingereicht.

Nach positiver Stellungnahme des Jugendschutzkomitees kann die Person, die für den Unterhalt des Schülers oder des Studenten aufkommt, bei Untätigkeit des gesetzlichen Vertreters einen Antrag auf Gewährung einer Studienbeihilfe einreichen.

Die in bezug auf den Antrag getroffenen Entscheidungen werden dem Antragsteller unverzüglich mitgeteilt.

Art. 15. Die Anträge auf Gewährung von Studienbeihilfen sind auf den Formularen, deren Modell von der Exekutive festgelegt wird, bei den jeweiligen Verwaltungsdienststellen für Studienbeihilfen einzureichen :

a) für den Sekundarunterricht : spätestens am 1. Oktober des Schuljahres, für das die Beihilfe beantragt wird;

b) für den Hochschul- und Universitätsunterricht : spätestens am 31. Oktober des betreffenden akademischen Jahres, für das die Beihilfe beantragt wird.

Art. 16. Die Exekutive entscheidet über die Zulässigkeit verspätet eingereicherter Anträge, wenn eine soziale Notlage oder ein Fall höherer Gewalt erwiesen ist. Die Exekutive begründet ihre Entscheidung.

Art. 17. Die Studienbeihilfen werden für ein Studienjahr gewährt.

Ein Schüler oder Student kann die durch dieses Dekret vorgesehenen Vorteile nur ein einziges Mal pro Schuljahr oder pro akademisches Jahr erhalten.

Die Studienbeihilfen für den Sekundarunterricht und für den Hochschul- und Universitätsunterricht werden vor dem 1. April des Schuljahres oder des akademischen Jahres ausbezahlt.

Art. 18. Die Exekutive legt die Berechnungsgrundlage und den Betrag der Studienbeihilfen fest.

KAPITEL IV. — Rückzahlung

Art. 19. § 1. Die Exekutive verlangt unverzüglich die Rückzahlung der Studienbeihilfen in folgenden Fällen :

1. wenn eine der Bedingungen bei der Gewährung der Beihilfen nicht erfüllt war,

2. wenn der Schüler oder der Student das Jahr nicht besteht, nachdem er ohne triftigen Grund die Kurse nicht regelmäßig besucht hat und/oder die zur Versetzung vorgesehenen Prüfungen nicht abgelegt hat.

§ 2. Die Exekutive legt die Gründe fest, die als triftig anerkannt werden und dazu geführt haben, daß der Antragsteller sein Studium abbrechen mußte oder während des Studienjahres nicht am Unterricht oder an den Prüfungen teilnehmen konnte.

§ 3. Die Exekutive legt die Modalitäten der Rückzahlungsaufforderungen fest.

Art. 20. Wenn der in Artikel 19, § 3, angegebenen Rückzahlungsaufforderung nicht Folge geleistet wird, werden die Beträge gemäß den Bestimmungen des Artikels 3 des Domänengesetzes vom 22. Dezember 1949 auf Antrag der Exekutive und zugunsten des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Verwaltung der Mehrwertsteuer, der Registrierung und der Domänen mittels eines Zwangsbefehls eingetrieben.

Art. 21. Zinsen, die nach einem von der Exekutive festgelegten Satz berechnet werden, werden verlangt, wenn der Student sein Studium ohne triftigen Grund aufgibt oder wenn er die Beihilfe auf Vorlage von unrichtigen oder unvollständigen Erklärungen erhalten hat.

Art. 22. Der Antragsteller, der keinen triftigen Grund geltend machen kann, muß die bezogene Studienbeihilfe gemäß folgenden Prozentsätzen zurückzahlen :

80 % des Betrages der gewährten Beihilfe, wenn das Studium vor dem 1. Januar des Jahres aufgegeben wird, das auf den Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres folgt;

- 60 %, wenn diese Aufgabe des Studiums zwischen dem 1. Januar und dem 1. März erfolgt;
- 50 %, wenn sie nach dem 1. März und vor dem 1. Mai erfolgt;
- 40 %, wenn der Antragsteller nicht zu allen Prüfungen der ersten Sitzung erscheint;
- 30 %, wenn der Antragsteller nicht zu allen Prüfungen der zweiten Sitzung erscheint.

Art. 23. Die ungerechtfertigterweise von den Dienststellen für Studienbeihilfen gezahlten Beträge gehen endgültig auf die Empfänger über, sofern sie nicht durch betrügerische Handlungen oder falsche oder wissentlich unvollständige Erklärungen erlangt worden sind, wenn die Rückzahlung nicht innerhalb von fünf Jahren ab dem 1. Januar des Haushaltsjahres, auf das die Ausgabe angerechnet wird, verlangt wird.

KAPITEL V. — Beschwerde- und Berufungsverfahren

Art. 24. Die abgewiesenen Antragsteller oder diejenigen, die den Betrag der gewährten Beihilfe für unzureichend erachten, können eine Beschwerde bei der zuständigen Verwaltungsdienststelle für Studienbeihilfen einbringen.

Die Beschwerde muß begründet werden und per Einschreibebrief innerhalb von 30 Tagen nach dem Bescheid über den endgültigen Betrag der Studienbeihilfe eingebracht werden.

Die Exekutive befindet über diese Beschwerde innerhalb von 30 Tagen nach Eingang derselben bei der Verwaltungsdienststelle für Studienbeihilfen.

Ihre Entscheidung wird begründet und dem Beschwerdeführer per Einschreiben zugesandt.

Art. 25. § 1. Es wird ein Berufungsausschuß für Studienbeihilfen bei der Exekutive eingerichtet.

§ 2. Der Schüler oder Student oder dessen gesetzlicher Vertreter kann Berufung bei dem Berufungsausschuß einlegen :

1. gegen die aufgrund von Artikel 19 geforderte Rückzahlung der Studienbeihilfe;
2. gegen die Entscheidung der Exekutive in Anwendung des Artikels 24.

§ 3. Die Berufung muß begründet werden und per Einschreibebrief innerhalb von 30 Tagen nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung eingelegt werden.

§ 4. Die Entscheidung des Berufungsausschusses für Studienbeihilfen wird begründet. Sie ist verbindlich.

Art. 26. § 1. Der Berufungsausschuß besteht aus :

1. einem Berufsrichter, der den Vorsitz führt;
2. einem Vertreter des staatlichen Unterrichtswesens;
3. einem Vertreter des subventionierten Unterrichtswesens;
4. einem von der Exekutive benannten Vertreter, der nicht Beamter der Dienststelle für Studienbeihilfen ist oder war.

Die unter 2. und 3. genannten Vertreter werden unter den Mitgliedern des in Artikel 29 vorgesehenen Rates für Studienbeihilfen ausgewählt.

§ 2. Die Mitglieder des Berufungsausschusses und deren Ersatzmitglieder werden von der Exekutive ernannt.

Das Mandat der Mitglieder dauert fünf Jahre und kann erneuert werden.

Beim Ausscheiden eines Mitgliedes beendet das Ersatzmitglied das Mandat seines Vorgängers.

§ 3. Die Exekutive regelt die Arbeitsweise und die Entschädigung des Berufungsausschusses.

Das Sekretariat des Berufungsausschusses wird vom zuständigen Beamten der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder von dessen Vertreter geführt; diese nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil.

KAPITEL VI. — Haushaltsbestimmungen

Art. 27. Die Einnahmen und Ausgaben betreffend die Studienbeihilfen werden in Titel IV — Besonderer Abschnitt — in den « Fonds für Studienbeihilfen » des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragen.

Die Mittel aus der Rückzahlung von Studienbeihilfen fließen in den Fonds für Studienbeihilfen zurück.

Art. 28. Die Exekutive verfügt für die Studienbeihilfen :

1. über Mittel, die im Fonds für Studienbeihilfen bereitstehen;
2. über Mittel, deren Betrag jährlich in den Ausgabenhaushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragen wird;
3. gegebenenfalls über die Beträge der zurückgezahlten Studienbeihilfen;
4. über Beträge aus Schenkungen oder Vermächtnissen, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Auflage gemacht werden, sie für Studienbeihilfezwecke zu verwenden.

KAPITEL VII. — Rat für Studienbeihilfen

Art. 29. § 1. Bei der Exekutive wird ein Rat für Studienbeihilfen, im folgenden als Rat bezeichnet, eingesetzt.

Dieser Rat gibt entweder auf Antrag der Exekutive oder aus eigener Initiative Stellungnahme zu allen Problemen ab, die mit dem System der Studienbeihilfen zusammenhängen.

Seine Stellungnahme muß eingeholt werden in bezug auf :

1. die Mittel, die jedes Jahr erforderlich sind, und deren Aufteilung;
2. alle diesbezüglichen Ausführungserlasse der Exekutive.

Zu diesen Angelegenheiten hat der Rat spätestens einen Monat, nachdem ein Antrag auf Stellungnahme eingereicht worden ist, seine Stellungnahme abzugeben.

Der Rat legt seine Geschäftsordnung fest. Diese Geschäftsordnung wird von der Exekutive genehmigt.

§ 2. Der Rat besteht aus :

1. zwei Vertretern des Staatlichen Unterrichtswesens;
2. zwei Vertretern des subventionierten Unterrichtswesens;
3. einem Vertreter der an staatlichen Sekundarschulen bestehenden Elternvereinigungen;
4. einem Vertreter der an subventionierten Sekundarschulen bestehenden Elternvereinigungen;
5. zwei Vertretern der an Hochschulen und Universitäten bestehenden Studentenvereinigungen;
6. zwei Vertretern von Berufsverbänden, deren Tätigkeit sich auf sämtliche Wirtschaftssektoren erstreckt;
7. zwei Vertretern von Arbeitnehmervereinigungen, deren Tätigkeit sich auf sämtliche Wirtschaftssektoren erstreckt.

§ 2. Die Französische Gemeinschaft und die Flämische Gemeinschaft können je einen Beobachter in den Rat entsenden, insofern die Deutschsprachige Gemeinschaft in den entsprechenden Räten für Studienbeihilfen der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft durch einen Beobachter vertreten ist.

§ 4. Die Exekutive ernennt die Mitglieder und deren Ersatzmitglieder auf Vorschlag der jeweiligen Instanzen und Vereinigungen. Unter den Mitgliedern ernennt sie einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Das Mandat der Mitglieder dauert fünf Jahre. Es kann einmal erneuert werden.

Beim Ausscheiden eines Mitgliedes beendet das Ersatzmitglied das Mandat seines Vorgängers.

Das Sekretariat des Rates wird vom zuständigen Beamten der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dessen Stellvertreter geführt; diese nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil.

§ 5. Der Rat wird von seinem Vorsitzenden, von der Exekutive oder auf Antrag eines Drittels der Mitglieder einberufen.

§ 6. Die Exekutive veröffentlicht einen Jahresbericht über die Tätigkeit des Rates und über die Tätigkeit der Dienststelle für Studienbeihilfen.

§ 7. Die Exekutive regelt die Entschädigung der Mitglieder des Rates.

KAPITEL VIII. — *Schlussbestimmungen*

Art. 30. Die für Studienbeihilfen zuständigen Beamten der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können alle Auskünfte erhalten, die sie im Hinblick auf die Anwendung dieses Dekretes für notwendig erachten.

Art. 31. Mit Ausnahme der Artikel 17 und 20, Absatz 2, wird das Gesetz vom 10. Juli 1971 bezüglich der Gewährung von Studienbeihilfen und -darlehen für die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgehoben.

Art. 32. Dieses Dekret tritt am 1. September 1986 in Kraft.

KAPITEL IX. — *Übergangsbestimmung*

Art. 33. In Abweichung von Artikel 31 bleibt das Gesetz vom 10. Juli 1971 auf die Studienbeihilfen anwendbar, die für das Schuljahr und akademische Jahr 1985-1986 und die vorhergehenden Jahre beantragt wurden.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 20. Juni 1986.

B. FAGNOUL,

Vorsitzender der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Gemeinschaftsminister für Finanzen, Ausbildung, kulturelle Animation und Außenbeziehungen.

J. MARAITE,

Gemeinschaftsminister für Volksgesundheit und Familie, Sport und Tourismus.

M. LEJOLY,

Gemeinschaftsminister für Jugend, Ständige Weiterbildung, Kulturerbgo und Medien.

TRADUCTION

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 86 — 1313

26 JUN 1986. — Décret relatif à l'octroi d'allocations d'études (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Champ d'application*

Article 1^{er}. Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, l'Exécutif de la Communauté germanophone, ci-après dénommé l'Exécutif, accorde des allocations d'études aux élèves de l'enseignement secondaire et aux étudiants de l'enseignement supérieur lorsque leur revenu et/ou le revenu des personnes qui pourvoient à leur entretien ne dépasse pas le cadre fixé par l'Exécutif.

Art. 2. Ces allocations sont accordées :

a) aux élèves et étudiants belges qui font des études dans les établissements d'enseignement organisés, subventionnés ou reconnus par l'Etat et situés dans la région de langue allemande;

b) aux élèves qui font des études dans une école d'infirmières de niveau A2 organisée, subventionnée ou reconnue par l'Etat et située dans la région de langue allemande;

c) aux étudiants belges domiciliés dans la région de langue allemande qui poursuivent, à l'étranger, des études qui ne figurent pas au programme des écoles supérieures ou universités belges;

d) aux étudiants belges domiciliés dans la région de langue allemande qui poursuivent, à l'étranger, des études en langue allemande qui ne sont pas proposées en langue allemande dans les écoles supérieures ou universités belges.

(1) Session 1984-1985.

Document du Conseil. — 86, n° 1. — Projet de décret. — Amendements n° 2, n° 3, n° 4 et n° 5. — Rapport n° 8. — Amendements n° 7 et n° 8.

Discussion et adoption. — Séance du 20 juin 1986.

Art. 3. § 1^{er}. L'Exécutif fixe les conditions auxquelles les allocations d'études sont accordées :

- a) aux élèves qui suivent un enseignement partiel;
 b) aux étudiants belges domiciliés dans la région de langue allemande qui font, à l'étranger, des études en langue allemande qui ne sont pas proposées en langue allemande dans les écoles supérieures ou universités belges.

§ 2. Si besoin en est, ces conditions peuvent déroger aux conditions générales d'octroi fixées au chapitre II.

Art. 4. § 1^{er}. L'Exécutif fixe les conditions d'octroi d'allocations égales à tous les étudiants belges domiciliés dans la région de langue allemande qui font des études dans des écoles supérieures ou des universités situées en dehors de la région de langue allemande.

§ 2. Si besoin en est, ces conditions peuvent déroger aux conditions générales d'octroi fixées au chapitre II.

Art. 5. § 1^{er}. Les élèves et étudiants belges domiciliés en Belgique qui ne sont pas de nationalité belge et qui font des études dans les établissements d'enseignement visés à l'article 2, a) et b), sont considérés comme élèves et étudiants belges au sens du présent décret lorsqu'ils remplissent une des conditions suivantes :

1. être l'enfant d'un ressortissant d'un Etat-membre de la Communauté européenne étant ou ayant été occupé en Belgique et qui a versé, pendant un an au moins, des cotisations à l'Office National de la Sécurité Sociale;
2. à la date fixées pour l'introduction des demandes, être reconnu réfugié politique par la délégation belge du Haut Commissariat des Nations-Unies pour les réfugiés;
3. être domicilié depuis cinq ans au moins en Belgique avec leur famille, à la date fixée pour l'introduction des demandes.

§ 2. L'Exécutif peut étendre aux études visées à l'article 2, c et d, l'équivalence prévue au § 1^{er} si le candidat est domicilié dans la région de langue allemande et s'il est prouvé qu'il ne peut recevoir d'allocation d'études d'aucun autre organisme.

Art. 6. Par domicile, il y a lieu d'entendre le domicile tel qu'il est défini à l'article 102 du Code civil.

CHAPITRE II. — Conditions générales d'octroi

Art. 7. § 1^{er}. Pour pouvoir bénéficier d'une allocation pour une année d'études déterminée, le candidat doit :

- a) satisfaire aux conditions requises pour y être admis comme élève ou étudiant régulier;
 b) suivre régulièrement les cours et les exercices imposés et se présenter à toutes les épreuves de fin d'année, y compris, s'il échec, les examens de passage et de deuxième session.

§ 2. Les élèves ou étudiants libres ne bénéficient pas d'allocations d'études.

Art. 8. Lorsque le candidat a reçu une allocation d'études, aucune allocation d'études n'est accordée pour l'année scolaire pendant laquelle l'élève ou l'étudiant répète une année ou suit une année d'études d'un niveau égal ou inférieur à celui de l'année qu'il a déjà faite, sauf dans les cas mentionnés dans les articles 10 à 12.

Art. 9. Les candidats qui a plus d'une fois répété une année d'études ou suivi une année d'études de même niveau, perd tout droit à une allocation d'études s'il a reçu une allocation d'études pour une de ces années d'études.

Toutefois, ce droit lui sera à nouveau acquis lorsqu'après le dernier échec, il aura terminé avec fruit deux années d'études consécutives.

Si le candidat échoue à nouveau ou s'il suit à nouveau une année d'études de même niveau, il perd définitivement tout droit à une allocation d'études.

Art. 10. Peuvent bénéficier d'une allocation d'études pour l'enseignement secondaire, les élèves ayant terminés pendant l'année scolaire précédente un cycle d'études dans cet enseignement et qui suivent, pendant une année, des cours complémentaires, préparatoires aux études dans un établissement supérieur ou universitaire.

Art. 11. § 1^{er}. Dans les cas justifiés par une décision du Conseil de classe, un élève de l'enseignement secondaire peut bénéficier d'une allocation d'études pour l'année d'études qu'il répète ou qui est d'un niveau égal ou inférieur à celui de l'année qu'il a déjà faite.

§ 2. L'Exécutif fixe les conditions auxquelles une allocation d'études est accordée, dans des situations particulièrement pénibles, aux étudiants des écoles supérieures et des universités belges pour l'année qu'ils répètent ou qui est d'un niveau égal ou inférieur à celui de l'année qu'ils ont déjà faite.

Art. 12. Peuvent bénéficier d'une allocation d'études les étudiants qui, après avoir été inscrits régulièrement dans l'enseignement universitaire, pendant deux ans, ou dans l'enseignement supérieur de type long, pendant une période de deux années académiques au maximum, abandonnent ou interrompent ces études et entreprennent des études supérieures classées à un niveau inférieur.

Pour les étudiants qui, après avoir poursuivi des études dans un enseignement de type court, entament des études dans un enseignement de type long, les années d'études effectuées dans ce type d'enseignement sont comptabilisées pour la fixation du droit à l'allocation d'études, sans qu'il soit tenu compte des années d'études effectuées dans l'enseignement de type court.

Art. 13. § 1^{er}. Pour pouvoir bénéficier d'une allocation d'études, l'ayant droit ne peut pas être âgé de plus de trente ans au 31 décembre de l'année scolaire envisagée.

§ 2. L'Exécutif fixe les conditions auxquelles une allocation d'études peut être accordée aux candidats âgés de plus de trente ans dans des situations particulièrement pénibles.

CHAPITRE III

Introduction des demandes et modalités de paiement

Art. 14. La demande d'allocation est introduite auprès du service des allocations d'études compétent par le représentant légal de l'élève, pour les études secondaires, par l'étudiant, pour les études supérieures.

Sur avis positif du Comité de protection de la jeunesse, la personne qui pourvoit à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant peut, en cas de carence du représentant légal, présenter une demande d'allocation.

Les décisions prises concernant la demande sont notifiées sans délai à l'intéressé.

Art. 15. Les demandes d'allocations, établies au moyen de formules dont le modèle est arrêté par l'Exécutif, doivent être introduites auprès du service des allocations d'études compétent :

- a) pour les études secondaires : au plus tard le 1^{er} octobre de l'année scolaire pour laquelle l'allocation est sollicitée;

b) pour les études supérieures : au plus tard le 31 octobre de l'année académique pour laquelle l'allocation est sollicitée.

Art. 16. L'Exécutif décide de la recevabilité des demandes introduites en retard lorsque le retard d'introduction est justifié par une situation sociale grave ou par un cas de force majeure. L'Exécutif motive sa décision.

Art. 17. Les allocations d'études sont accordées pour une année d'études.

Un élève ou étudiant ne peut bénéficier qu'une seule fois, par année scolaire ou académique, des avantages prévus par le présent décret.

Les allocations d'études pour l'enseignement secondaire et pour l'enseignement supérieur sont liquidées avant le 1^{er} avril de l'année scolaire ou académique.

Art. 18. L'Exécutif fixe la base de calcul et le montant des allocations d'études.

CHAPITRE IV. — Remboursement

Art. 19. § 1^{er}. L'Exécutif réclame le remboursement immédiat des allocations d'études dans les cas ci-après :

1. lorsqu'une des conditions requises n'était pas remplie au moment de l'octroi de l'allocation;
2. lorsque, sauf motif valable, l'élève ou l'étudiant n'a pas suivi régulièrement les cours et/ou ne s'est pas présenté aux examens prévus pour le passage à l'année suivante et qu'il rate son année.

§ 2. L'Exécutif arrête la liste des motifs valables qui ont amené le candidat à interrompre ses études ou qui l'ont empêché de suivre les cours ou de participer aux examens pendant l'année d'études.

§ 3. L'Exécutif fixe les modalités des demandes de remboursement.

Art. 20. Lorsqu'aucune suite n'est donnée à la demande de remboursement visée à l'article 19, § 3, les montants sont recouvrés par voie de contrainte par l'Administration de la taxe sur la valeur ajoutée, de l'enregistrement et des domaines, à la demande de l'Exécutif et pour compte du budget de la Communauté germanophone, conformément aux dispositions de l'article 3 de la loi domaniale du 22 décembre 1949.

Art. 21. Des intérêts, calculés sur la base d'un taux fixé par l'Exécutif, seront réclamés si l'étudiant abandonne ses études sans motif valable ou s'il a obtenu l'allocation sur la foi de déclarations inexactes ou incomplètes.

Art. 22. Le candidat qui ne peut se prévaloir d'aucun motif valable doit rembourser l'allocation d'études perçue au prorata des pourcents suivants :

80 % du montant de l'allocation accordée lorsque l'arrêt des études a lieu avant le 1^{er} janvier de l'année qui suit le début de l'année scolaire ou académique envisagée;

60 % lorsque cet arrêt des études a lieu entre le 1^{er} janvier et le 1^{er} mars ;

50 % lorsqu'il a lieu après le 1^{er} mars et avant le 1^{er} mai ;

40 % lorsque le candidat ne se présente pas à tous les examens de la première session;

30 % lorsque le candidat ne se présente pas à tous les examens de la seconde session.

Art. 23. Sont acquises définitivement aux bénéficiaires, pour autant qu'elles n'aient pas été obtenues par des manœuvres frauduleuses ou des déclarations fausses ou sciemment incomplètes, les sommes payées indûment par les services des allocations d'études, si le remboursement n'est pas exigé dans les cinq jours à compter du 1^{er} janvier de l'exercice budgétaire sur lequel la dépense est imputée.

CHAPITRE V. — Réclamations et recours

Art. 24. Les candidats évincés ou ceux qui estiment insuffisant le montant de l'allocation peuvent introduire une réclamation auprès du service des allocations d'études intéressé.

La réclamation, motivée, doit être introduite par lettre recommandée dans les trente jours qui suivent la notification du montant définitif de l'allocation d'études.

L'Exécutif statue sur cette réclamation dans les trente jours de la réception de celle-ci au service des allocations d'études.

Sa décision est motivée. Elle est notifiée au demandeur par lettre recommandée à la poste.

Art. 25. § 1^{er}. Il est créé un Conseil d'appel des allocations d'études auprès de l'Exécutif.

§ 2. L'élève ou l'étudiant ou son représentant légal peut introduire un recours auprès du Conseil d'appel contre :

1. le remboursement de l'allocation d'études, exigé en vertu de l'article 19;

2. la décision de l'Exécutif prise en application de l'article 24.

§ 3. Le recours est motivé. Il doit être formé par lettre recommandée à la poste dans les trente jours de la notification de la décision contestée.

§ 4. La décision du Conseil d'appel des allocations d'études est motivée. Elle est obligatoire.

Art. 26. § 1^{er}. Le Conseil d'appel comprend :

1^o un magistrat, qui exerce la présidence;

2^o un représentant de l'enseignement officiel;

3^o un représentant de l'enseignement subventionné;

4^o un représentant nommé par l'Exécutif qui n'est pas et n'a pas été fonctionnaire au service des allocations d'études.

Les représentants mentionnés aux 2^o et 3^o sont choisis parmi les membres du Conseil des allocations d'études prévu à l'article 29.

§ 2. Les membres du Conseil d'appel et leurs suppléants sont nommés par l'Exécutif.

Leur mandat est de cinq ans et est renouvelable.

Les membres suppléants qui remplacent un membre sortant achèvent le mandat de leur prédécesseur.

§ 3. L'Exécutif règle le fonctionnement et l'indemnisation du Conseil d'appel.

Le secrétariat du Conseil d'appel est assuré par le fonctionnaire compétent de l'Administration de la Communauté germanophone ou par son remplaçant; ceux-ci assistent sans voix délibérative aux réunions du Conseil.

CHAPITRE VI. — *Dispositions budgétaires*

Art. 27. Les recettes et les dépenses relatives aux allocations d'études sont inscrites au titre IV — Section particulière —, « Fonds d'allocations d'études », du budget de la Communauté germanophone.

Les fonds provenant du remboursement d'allocations d'études sont versés au Fonds d'allocations d'études.

Art. 28. L'Exécutif dispose pour les allocations d'études :

- 1° de crédits inscrits au Fonds d'allocations d'études;
- 2° de crédits dont le montant est inscrit annuellement au budget des dépenses de la Communauté germanophone;
- 3° le cas échéant, des remboursements d'allocations d'études;
- 4° de sommes provenant de donations ou de legs attribués à la Communauté germanophone, avec charge de les affecter aux allocations d'études.

CHAPITRE VII. — *Conseil des allocations d'études*

Art. 29. § 1^{er}. Il est créé auprès de l'Exécutif un Conseil des allocations d'études, ci-après dénommé Conseil. Ce Conseil donne, soit à la demande de l'Exécutif, soit d'initiative, son avis sur toutes les questions intéressant le régime des allocations d'études.

Sa consultation est obligatoire :

- 1° sur les crédits qui sont requis annuellement et leur répartition;
- 2° sur tous les arrêtés d'exécution pris en la matière par l'Exécutif.

En ces matières, le Conseil doit émettre son avis au plus tard un mois après avoir été saisi d'une demande d'avis.

Le Conseil arrête son règlement intérieur. Ce règlement intérieur est approuvé par l'Exécutif.

§ 2. Le Conseil se compose :

- 1° de deux représentants de l'enseignement officiel;
- 2° de deux représentants de l'enseignement subventionné;
- 3° d'un représentant des associations de parents d'élèves de l'enseignement secondaire officiel;
- 4° d'un représentant des associations de parents d'élèves de l'enseignement secondaire libre;
- 5° de deux représentants des organisations d'étudiants de l'enseignement supérieur;
- 6° de deux représentants d'organisations professionnelles dont l'activité s'étend à l'ensemble des secteurs économiques;
- 7° de deux représentants d'organisations de salariés dont l'activité s'étend à l'ensemble des secteurs économiques.

§ 3. La Communauté française et la Communauté flamande peuvent envoyer chacune un observateur au Conseil si la Communauté germanophone est représentée par un observateur dans les Conseils des allocations d'études de la Communauté française et de la Communauté flamande.

§ 4. L'Exécutif nomme les membres et leurs suppléants sur proposition des instances et associations concernées. Il nomme un président et un vice-président parmi les membres.

Le mandat des membres est de cinq ans. Il peut être renouvelé une fois.

Les membres suppléants qui remplacent un membre sortant achèvent le mandat de leur prédécesseur.

Le secrétariat du Conseil est assuré par le fonctionnaire compétent de l'Administration de la Communauté germanophone ou par son remplaçant; ceux-ci assistent sans voix délibérative aux réunions du Conseil.

§ 5. Le Conseil est convoqué par son président, par l'Exécutif ou à la demande d'un tiers de ses membres.

§ 6. L'Exécutif publie annuellement un rapport sur les activités du Conseil et du service des allocations d'études.

§ 7. L'Exécutif règle l'indemnisation des membres du Conseil.

CHAPITRE VIII. — *Dispositions finales*

Art. 30. Les fonctionnaires compétents pour les allocations d'études au sein de l'Administration de la Communauté germanophone peuvent obtenir tous les renseignements qu'ils jugent utiles en vue de l'application du présent décret.

Art. 31. La loi du 19 juillet 1971 relative à l'octroi d'allocations et de prêts d'études est abrogée pour la Communauté germanophone, exceptés les articles 17 et 20, alinéa 2.

Art. 32. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 1986.

CHAPITRE IX. — *Disposition transitoire*

Art. 33. Par dérogation à l'article 31, la loi du 19 juillet 1971 reste d'application pour les allocations d'études sollicitées pour l'année scolaire et l'année académique 1985-1986 ainsi que pour celles sollicitées pour les années précédentes.

Nous promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Donné à Eupen, le 26 juin 1986.

B. FAGNOUL,

Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,
Ministre communautaire des Finances, de la Formation, de l'Animation culturelle et des Relations extérieures.

J. MARAITE,

Ministre communautaire de la Santé publique et de la Famille, du Sport et du Tourisme.

M. LEJOLY,

Ministre communautaire de la Jeunesse, de l'Education permanente, du Patrimoine culturel et des Média.

VERTALING

DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 86 — 1313

26 JUNI 1986. — Decreet betreffende de toekenning van studietoelagen (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — Toepassingsgebied

Artikel 1. De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap, hierna genaamd de Executieve, verleent, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, studietoelagen aan leerlingen van het secundair onderwijs alsook aan studenten van het hoger onderwijs indien hun vermogen en/of het vermogen van de persoon die in zijn onderhoud voorziet, het door de Executieve vastgestelde kader niet overschrijdt.

Art. 2. Deze toelagen worden toegekend :

- a) aan Belgische leerlingen en studenten die studeren in onderwijsinrichtingen die door de Staat georganiseerd, gesubsidieerd of erkend worden en die in het Duitse taalgebied liggen;
- b) aan Belgische leerlingen die studeren aan een school voor verpleegsteropleiding met niveau 2 die door de Staat georganiseerd, gesubsidieerd of erkend is en die in het Duitse taalgebied ligt;
- c) aan Belgische studenten die in het Duitse taalgebied woonachtig zijn en die in het buitenland een onderwijs volgen dat aan de Belgische hoge scholen en universiteiten niet wordt aangeboden;
- d) aan Belgische studenten die in het Duitse taalgebied woonachtig zijn en die in het buitenland een onderwijs in de Duitse taal volgen dat aan de Belgische hoge scholen en universiteiten niet in de Duitse taal wordt aangeboden.

Art. 3. § 1. De Executieve bepaalt de voorwaarden waarin studietoelagen worden toegekend :

- a) aan leerlingen die het deelonderwijs volgen;
- b) aan Belgische studenten die in het Duitse taalgebied woonachtig zijn en die in het buitenland een onderwijs in de Duitse taal volgen dat aan de Belgische hoge scholen en universiteiten niet in de Duitse taal wordt aangeboden.

§ 2. Indien noodzakelijk, kunnen deze voorwaarden afwijken van de algemene toekenningsvoorwaarden bepaald in hoofdstuk II.

Art. 4. § 1. De Executieve bepaalt de voorwaarden waarin gelijke studietoelagen aan alle Belgische studenten worden toegekend die in het Duitse taalgebied woonachtig zijn en die onderwijs volgen aan hoge scholen of universiteiten die niet in het Duitstalig gebied liggen.

§ 2. Indien noodzakelijk, kunnen deze voorwaarden afwijken van de algemene toekenningsvoorwaarden bepaald in hoofdstuk II.

Art. 5. § 1. De in België woonachtige leerlingen en studenten die niet van Belgische nationaliteit zijn en die studeren aan de onderwijsinrichtingen bedoeld in artikel 2, a en b, worden voor de toepassing van dit decreet met de Belgische leerlingen en studenten gelijkgesteld indien ze één van volgende voorwaarden vervullen :

1° kinderen zijn van een staatsburger van één van de lidstaten van de Europese Gemeenschap die in België bezig is of is geweest en die ten minste gedurende een jaar bijdragen aan het Rijksinstituut voor Sociale Zekerheid heeft gestort;

2° op de datum voor het indienen van de aanvragen door de Belgische delegatie van het Hoog Commissariaat van de Verenigde Naties voor de Vluchtelingen als politieke vluchtelingen zijn erkend;

3° op de datum voor het indienen van de aanvragen sedert minstens vijf jaar met hun familie in België woonachtig zijn.

§ 2. De Executieve kan de gelijkstelling waarin § 1 voorziet uitbreiden tot het onderwijs vermeld in artikel 2, c en d, indien de aanvrager in het Duitse taalgebied woonachtig is en indien kan worden aangetoond dat hij van geen andere instelling een studietoelage kan ontvangen.

Art. 6. Als woonplaats geldt de woonplaats zoals hij wordt bepaald in artikel 102 van het Burgerlijk Wetboek

HOOFDSTUK II. — Algemene toekenningsvoorwaarden

Art. 7. § 1. Om voor een bepaald jaar een studietoelage te kunnen ontvangen, moet de aanvrager :

- a) aan de vereiste voorwaarden voldoen om als reguliere leerling of student in dit studiejaar te worden opgenomen;
- b) de voorgeschreven lessen en praktische oefeningen volgen en aan alle jaarlijkse eindexamens, in voorkomend geval, aan de herexamens en examens van de tweede zitting deelnemen.

§ 2. Vrije leerlingen of studenten kunnen geen studietoelagen genieten.

(1) Zitting 1984-1985.

Beschikken van de Raad. — 86, nr. 1. — Ontwerp van decreet. — Amendementen nr. 2, nr. 3, nr. 4 en nr. 5. — Verslag nr. 8. — Amendementen nr. 7 en nr. 8.

Bespreking en aarzeming. — Vergadering van 26 juni 1986.

Art. 8. Indien de aanvrager een studietoelage heeft ontvangen, wordt geen studietoelage voor het studiejaar toegekend tijdens hetwelk de leerling of de student een jaar herhaalt of een studiejaar doorloopt waarvan het niveau met het niveau van het reeds doorlopen jaar overeenstemt of daaronder ligt, behalve in de gevallen bedoeld in de artikel 10 tot 12.

Art. 9. Een aanvrager die meer dan één keer een studiejaar herhaalt of een studiejaar van hetzelfde niveau heeft doorlopen, verliest zijn recht op studietoelage indien hij voor een van die studiejaar een studietoelage heeft ontvangen.

Dit recht verwerft hij echter terug indien hij, nadat hij bij de laatste keer niet is geslaagd, met succes twee opeenvolgende studiejaar heeft beëindigd.

Indien de aanvrager opnieuw niet slaagt of indien hij opnieuw een studiejaar van hetzelfde niveau doorloopt, verliest hij definitief zijn recht op studietoelage.

Art. 10. Een studietoelage voor studien aan een onderwijsinstelling van het secundair onderwijs kan worden verleend aan de leerlingen die gedurende het voorafgaande schooljaar een studiecycclus in dit onderwijs hebben beëindigd en die gedurende één jaar een bijkomend onderwijs als voorbereiding op studien aan een hoge school of universiteit volgen.

Art. 11. § 1. In de gevallen die door een beslissing van de klasraad worden gerechtvaardigd kan een leerling van het secundair onderwijs een studietoelage voor het studiejaar ontvangen dat hij overdoet of waarvan het niveau overeenstemt met het niveau van het reeds doorlopen jaar of daaronder ligt.

§ 2. De Executieve bepaalt de voorwaarden waarin in schrijvende sociale gevallen aan studenten aan Belgische hoge scholen of universiteiten een studietoelage wordt verleend voor het studiejaar dat ze overdoen of waarvan het niveau overeenstemt met het niveau van het reeds doorlopen jaar of daaronder ligt.

Art. 12. Een studietoelage kan worden verleend aan de studenten die, nadat ze gedurende twee jaar regelmatig in het universitair onderwijs of gedurende hoogstens twee academische jaren in het hoger onderwijs van het lange type waren ingeschreven, deze studien opgeven of onderbreken en studien aan een instelling van het hoger onderwijs beginnen die op een lager niveau zijn gerangschikt.

Aan de studenten die na studien in het onderwijs van het korte type studien in het onderwijs van het lange type beginnen, worden voorafgaande jaren in dit soort onderwijs aangerekend zonder dat rekening wordt gehouden met de studien van het korte type wanneer hun recht op een studietoelage wordt vastgesteld.

Art. 13. § 1. Alleen de aanvragers die op 31 december van het betrokken schooljaar niet ouder zijn dan dertig jaar hebben recht op een studietoelage.

§ 2. De Executieve bepaalt de voorwaarden waarin in schrijvende sociale gevallen een studietoelage kan worden verleend aan aanvragers die ouder dan dertig jaar zijn.

HOOFDSTUK III. — *Indienen van de aanvragen en wijze van betaling*

Art. 14. De aanvraag voor een studietoelage wordt voor de studien in het secundair onderwijs door de wettelijke vertegenwoordiger van de leerling, voor de studien in het hoger onderwijs door de student ingediend bij de bevoegde dienst voor studietoelagen.

Na positief advies van het Jeugdbeschermingscomité mag, in geval de wettelijke vertegenwoordiger niet optreedt, de persoon die in het onderhoud van de leerling of student voorziet een aanvraag tot bekomen van een toelage indienen.

De beslissingen over de aanvraag worden onverwijld aan de betrokkene medegedeeld.

Art. 15. De aanvragen tot het bekomen van een studietoelage moeten op formulieren waarvan de Executieve het model bepaalt, bij de bevoegde dienst voor studietoelagen worden ingediend :

a) voor het secundair onderwijs : ten laatste op 1 oktober van het schooljaar waarvoor de toelage wordt aangevraagd;

b) voor het hoger onderwijs : ten laatste op 31 oktober van het academische jaar waarvoor de toelage wordt aangevraagd.

Art. 16. De Executieve beslist over de ontvankelijkheid van de te laat ingediende aanvragen wanneer een sociale noodsituatie of een geval van overmacht bewezen is. De Executieve omkleedt haar beslissing met redenen.

Art. 17. De studietoelagen worden voor één studiejaar verleend.

Een leerling of student kan slechts eenmaal per schooljaar of per academisch jaar de bij dit decreet bepaalde voordelen genieten.

De studietoelagen voor het secundair onderwijs en voor het hoger onderwijs worden vóór 1 april van het schooljaar of academisch jaar uitbetaald.

Art. 18. De Executieve bepaalt de grondslag voor de berekening van de studietoelagen en het bedrag ervan.

HOOFDSTUK IV. — *Terugbetaling*

Art. 19. § 1. De Executieve eist onmiddellijk de terugbetaling van de studietoelagen in volgende gevallen :

1^o wanneer één van de voorwaarden bij de toekenning van de toelagen niet was vervuld;

2^o wanneer de leerling of de student aan het einde van het jaar niet slaagt nadat hij zonder gegronde reden niet regelmatig de lessen gevolgd en/of niet aan de voor de bevordering vereiste examens heeft deelgenomen.

§ 2. De Executieve bepaalt de redenen die als gegrond worden beschouwd en die tot gevolg hebben gehad dat de aanvrager zijn studien moest opgeven of gedurende het studiejaar niet aan het onderwijs of aan de examens kon deelnemen.

§ 3. De Executieve bepaalt de modaliteiten voor de sommaties tot terugbetaling.

Art. 20. Indien aan de sommatie tot terugbetaling bedoeld in artikel 19, § 3, geen gevolg wordt gegeven, worden de bedragen overeenkomstig de bepalingen van artikel 3 van de domaniale wet van 22 december 1949 op verzoek van de Executieve en ten gunste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap door de Administratie van de belasting op de toegevoegde waarde, de registratie en domeinen door middel van een dwangbevel ingevorderd.

Art. 21. Intresten die volgens een door de Executieve bepaald percentage worden berekend, worden geëist wanneer de student zijn studien zonder gegronde reden opgeeft of wanneer hij de toelage heeft verkregen op de basis van onjuiste of onvolledige verklaringen.

Art. 22. De aanvrager die geen gegronde reden kan doen gelden, moet de ontvangen studietoelage naar rata van volgende percentages terugbetalen :

80 % van het bedrag van de toegekende toelage wanneer de studien worden opgegeven vóór 1 januari van het jaar dat op het begin van het betrokken schooljaar of academisch jaar volgt;

60 % wanneer die opgave tussen 1 januari en 1 maart gebeurt;

50 % wanneer ze na 1 maart en vóór 1 mei gebeurt;

40 % wanneer de aanvrager niet aan alle examens van de eerste zitting deelneemt;

30 % wanneer de aanvrager niet aan alle examens van de tweede zitting deelneemt.

Art. 23. Zijn voorgoed verkregen door diegenen die ze hebben ontvangen, ten minste indien zij deze niet door bedrieglijke handelingen of door valse of welens en willens onvolledige verklaringen hebben bekomen, de door de diensten voor studietoelagen onverschuldigd betaalde sommen wanneer de terugbetaling daarvan niet gevraagd wordt binnen een termijn van vijf jaar te rekenen van 1 januari van het begrotingsjaar waarop de uitgave is aangerekend.

HOOFDSTUK V. — *Klachten beroep*

Art. 24. De afgewezen aanvragers of zij die het bedrag van de toegekende toelage ontoereikend achten, kunnen een klacht indienen bij de betrokken dienst voor studietoelagen.

De klacht moet met redenen worden omkleed en worden ingediend bij aangetekende brief binnen dertig dagen die volgen op de mededeling van het definitief bedrag van de studietoelage.

De Executieve beslist over die klacht binnen dertig dagen nadat de dienst voor studietoelagen ze heeft ontvangen.

Haar beslissing is met redenen omkleed en wordt bij een ter post aangetekende brief aan de eiser medegedeeld.

Art. 25. § 1. Bij de Executieve wordt een Raad van Beroep voor studietoelagen ingesteld.

§ 2. De leerling of de student of zijn wettelijke vertegenwoordiger kan een beroep instellen bij de Raad van Beroep :

1° tegen de krachtens artikel 19 geëiste terugbetaling van de studietoelage;

2° tegen de beslissing van de Executieve, genomen bij toepassing van artikel 24.

§ 3. Het beroep dient met redenen te worden omkleed en moet worden ingesteld bij een ter post aangetekende brief binnen dertig dagen na de mededeling van de aangevochten beslissing.

§ 4. De beslissing van de Raad van Beroep wordt met redenen omkleed. Zij is bindend.

Art. 26. § 1. De Raad van Beroep is samengesteld uit :

1° één magistraat, voorzitter;

2° één vertegenwoordiger van het officiële onderwijs;

3° één vertegenwoordiger van het vrije onderwijs;

4° één door de Executieve benoemde vertegenwoordiger die niet ambtenaar van de dienst voor studietoelagen is of is geweest.

De sub 2° en 3° vermelde vertegenwoordigers worden gekozen onder de leden van de Raad voor studietoelagen vermeld in artikel 29.

§ 2. De leden van de Raad van Beroep en hun plaatsvervangers worden door de Executieve benoemd.

Hun mandaat duurt vijf jaar en kan vernieuwd worden.

De plaatsvervangers die een uittreidend lid vervangen hoëndigen het mandaat van hun voorgangers.

§ 3. De Executieve regelt de werkwijze en de vergoeding van de Raad van Beroep.

Het secretariaat van de Raad van Beroep wordt door de bevoegde ambtenaar van de Administratie van de Duitstalige Gemeenschap of door zijn afgevaardigde waargenomen; deze nemen zonder stemrecht deel aan de vergaderingen.

HOOFDSTUK VI. — *Beheer en financiële middelen*

Art. 27. De ontvangsten en de uitgaven met betrekking tot de studietoelagen worden ingeschreven in Titel IV — Bijzondere Sectie — in het « Fonds voor studietoelagen » van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

Terugbetalingen van studietoelagen worden op het Fonds voor studietoelagen teruggestort.

Art. 28. De Executieve beschikt voor de studietoelagen :

1° over de kredieten ingeschreven op het Fonds voor studietoelagen;

2° over de kredieten waarvan het bedrag jaarlijks ingeschreven wordt in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap;

3° in voorkomend geval, over de terugstortingen van studietoelagen;

4° over de bedragen afkomstig van schenkingen of nalatenschappen die aan de Duitstalige Gemeenschap gedaan worden met de verplichting ze voor de studietoelagen te gebruiken.

HOOFDSTUK VII. — *Raad van studietoelagen*

Art. 29. § 1. Bij de Executieve wordt een Raad voor studietoelagen, hierna genaamd de Raad, ingesteld.

Deze Raad verleent advies over alle vraagstukken in verband met het stelsel van de studietoelagen, hetzij op aanvraag van de Executieve, hetzij op eigen initiatief.

De Raad moet worden geraadpleegd :

1° over de kredieten die jaarlijks vereist zijn en over hun verdeling;

2° over alle uitvoeringsbesluiten van de Executieven in verband met deze aangelegenheden.

Over deze aangelegenheden moet de Raad advies uitbrengen ten laatste één maand nadat het verzoek om advies aanhangig is gemaakt.

De Raad bepaalt zijn reglement van orde. Dit reglement wordt door de Executieve goedgekeurd.

§ 2. De Raad is samengesteld uit:

- 1° twee vertegenwoordigers van het officiële onderwijs;
- 2° twee vertegenwoordigers van het vrije onderwijs;
- 3° één vertegenwoordiger van de ouderverenigingen van de leerlingen uit het officiële secundaire onderwijs;
- 4° één vertegenwoordiger van de ouderverenigingen van de leerlingen uit het vrije secundaire onderwijs;
- 5° twee vertegenwoordigers van de studentenverenigingen van het hoger onderwijs;
- 6° twee vertegenwoordigers van de vakverenigingen die alle bedrijfssectoren omvatten;
- 7° twee vertegenwoordigers van de verenigingen van werknemers die alle bedrijfssectoren omvatten.

§ 3. De Franse en de Vlaamse Gemeenschap kan elk een waarnemer naar de Raad afvaardigen indien de Duitstalige Gemeenschap in de Raden voor studietoelagen van de Franse en de Vlaamse Gemeenschap door een waarnemer is vertegenwoordigd.

§ 4. Het mandaat van de leden duurt vijf jaar. Het kan één keer worden vernieuwd.

De plaatsvervangers die een uittreidend lid vervangen beëindigen het mandaat van hun voorgangers.

Het secretariaat van de Raad wordt door de bevoegde ambtenaar van de Administratie van de Duitstalige Gemeenschap of door zijn afgevaardigde waargenomen; deze nemen zonder stemrecht deel aan de vergaderingen.

§ 5. De Raad wordt door zijn voorzitter, door de Executieve of op verzoek van een derde van de leden samengeroepen.

§ 6. De Executieve publiceert een jaarbericht over de activiteiten van de Raad en over de activiteiten van de dienst voor studietoelagen.

§ 7. De Executieve regelt de vergoeding van de leden van de Raad.

HOOFDSTUK VIII. — Slotbepalingen

Art. 30. De ambtenaren van de Administratie van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd zijn voor de studietoelagen, kunnen alle inrichtingen inwinnen die ze nuttig achten voor de toepassing van dit decreet.

Art. 31. De wet van 19 juli 1971 betreffende de toekenning van studietoelagen en studieleningen wordt voor de Duitstalige Gemeenschap opgeheven, behalve de artikelen 17 en 20, lid 2.

Art. 32. Dit decreet treedt op 1 september 1986 in werking.

HOOFDSTUK IX. — Overgangsbepaling

Art. 33. In afwijking van artikel 31 blijft de wet van 19 juli 1971 van toepassing op de studietoelagen die voor het schooljaar en het academisch jaar 1985-1986 en voor de voorafgaande jaren zijn aangevraagd.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.

Gegeven te Eupen, 26 juni 1986.

B. FAGNOUL,

Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,
Gemeenschapsminister van Financiën, Vorming, Culturele Animatie en Buitenlandse Betrekkingen.

J. MARAITE,

Gemeenschapsminister van Volksgezondheid en Gezin, Sport en Toerisme.

M. LEJOLY,

Gemeenschapsminister van Jeugd, Permanente voeding, Cultureel Patrimonium en Media.

ANDERE BESLUITEN

MINISTERIE VAN JUSTITIE

Rechterlijke Orde

Bij koninklijke besluiten van 8 augustus 1986 zijn benoemd tot plaatsvervangend rechter:

- in het vrederecht van het kanton Brasschaat :
de heren Naeyaert, H., advocaat te Brasschaat, en Govaerts, M., advocaat te Antwerpen;
- in het vrederecht van het vierde kanton Brussel :
de heer Joos de ter Beerst, Ph., advocaat te Brussel;
- in het vrederecht van het tweede kanton Leuven :
de heer Gutschoven, G., advocaat te Tervuren.

Bij ministeriële besluiten van 22 augustus 1986, zijn aangewezen, voor een termijn van één jaar met ingang van 1 september 1986 :

- Mevr. Langeroot, A., advocaat te Aalter, als stagiair in het parket van de rechtbank van eerste aanleg te Gent;
- de heer Mestdagh, K., advocaat te Nazareth, als stagiair in het arbeidsauditoraat te Brugge.

AUTRES ARRÊTÉS

MINISTÈRE DE LA JUSTICE

Ordre judiciaire

Par arrêtés royaux du 8 août 1986 sont nommés juge suppléant :

- à la justice de paix du canton de Brasschaat :
MM. Naeyaert, H., avocat à Brasschaat, et Govaerts, M., avocat à Anvers;
- à la justice de paix du quatrième canton de Bruxelles :
M. Joos de ter Beerst, Ph., avocat à Bruxelles;
- à la justice de paix du deuxième canton de Louvain :
M. Gutschoven, G., avocat à Tervuren.

Par arrêtés ministériels du 22 août 1986, sont désignés, pour un terme d'un an prenant cours le 1er septembre 1986 :

- Mme Langeroot, A., avocat à Aalter, aux fonctions de stagiaire au parquet du tribunal de première instance de Gand;
- M. Mestdagh, K., avocat à Nazareth, aux fonctions de stagiaire à l'auditorat du travail de Bruges.